

Stellungnahme

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin zur Studie „Die Auswirkungen von COVID-19 auf die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen in Berlin“, vorgelegt vom WZB im November 2021

Februar 2022

Unter der Fragestellung **Corona und die Folgen – Was lernt Berlin aus der Pandemie?** setzten wir uns bereits im Mai 2020 in Schreiben an Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats¹ für eine wissenschaftliche Studie zur Erforschung der Pandemie und deren Auswirkungen auf Frauen und deren Familien ein.

Bei unserem Einsatz für diese Studie lagen uns nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen am Herzen, sondern auch die verwaltungsmäßige „Begleitung“ der Pandemie. So bestand unser Anliegen auch darin, Schlussfolgerungen für das politische und für das Verwaltungshandeln aufzuzeigen, um die gewonnenen Erkenntnisse für kommende Herausforderungen an die Stadt Berlin nutzen zu können; entsprechend hat uns der in der Begründung des Antrages aufgeführte letzte Halbsatz gefreut.²

Unsere Empfehlung wurde von den Koalitionsfraktionen aufgenommen, im Berliner Parlament eingebracht und beschlossen. Das renommierte Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) war mit der Umsetzung beauftragt.

Ausgewählte Aussagen der Studie

Die Autor:innen beschreiben die Studie wie folgt: „Das Ergebnis ist eine fast enzyklopädische Arbeit, zusammengesetzt aus einem großen Survey von Betroffenen, aus Expert*inneninterviews, Statistiken der Bundesagentur für Arbeit, Nachweisen über Corona-Hilfen und Gesundheitsdaten.“

So stellt die Studie eine umfassende Datenerhebung zu den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen für politisches Handeln zur Verfügung. Ausgewählte Schwerpunktthemen werden detailreich sowohl quantitativ als auch qualitativ durch Expert:inneninterviews ausgeführt, etwa:

- ➔ Zentral waren die Auswirkungen auf die Arbeitszeiten: Für viele Frauen – insbesondere für Mütter – war es wahrscheinlicher, die Arbeitszeiten zu reduzieren und entsprechend der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede in Kurzarbeiter- und Arbeitslosengeld finanzielle Einbußen hinzunehmen. Frauen in den „systemrelevanten Bereichen“ hingegen dehnten ihre Arbeitszeit aus, womit enorme körperliche und/ oder psychische Belastungen einhergingen.

¹ An den Regierenden Bürgermeister, die Senator:innen für Bildung, Jugend und Familie; Gesundheit, Pflege und Gleichstellung; Integration, Arbeit und Soziales; Wirtschaft, Energie und Betriebe; Wissenschaft und Forschung sowie an die Gleichstellungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen und die Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden der zuständigen Ausschüsse im Berliner Abgeordnetenhaus

² Abgeordnetenhaus von Berlin, 18. Wahlperiode, Seite 2 Drucksache 18/2990

„Erforscht werden soll, wie sich die Situation von Frauen und Familien in Berlin verändert hat, welche Unterschiede die Betriebe in ihrer Personalpolitik machten, welche Gruppe von Frauen mit welchen Herausforderungen zu kämpfen haben und welcher politischen Maßnahmen es bedarf, um die durch die Pandemie (möglicherweise) entstandenen Nachteile auszugleichen.“

- Die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Unverzichtbarkeit und tatsächlicher Entlohnung wird aufgezeigt und auf die Brisanz des *Gender Pay Gap* (und in der Folge des *Gender Pension Gap*) hingewiesen.
- Das Homeoffice wird besonders für Frauen als kein geeignetes Vereinbarkeitsinstrument beschrieben, da es für sie häufig mit zusätzlicher *Care-Arbeit* verbunden war.
Beschrieben wird auch, dass Frauen nach wie vor den Löwenanteil der Kinderbetreuung und des Haushaltes übernehmen (*unbezahlte Care-Arbeit*).
- Insbesondere die Situation von Soloselbständigen wird problematisiert – sie litten unter dem Ausbleiben von Honoraren und konnten ihren Bedarf angesichts verwaltungstechnischer Vorgaben nicht geltend machen.
- Insgesamt berichten die interviewten Frauen von wenig gesellschaftlicher Anerkennung, von Konflikten in der Partnerschaft und von Häuslicher Gewalt.
- Das Armutrisiko sozial benachteiligter Frauen (Alleinerziehende, Migrant:innen, Geringqualifizierte) erhöhte sich spürbar.

Daten und Ergebnisse der Studie als Auftrag für die Weiterentwicklung geschlechtergerechten politischen Handelns

Zu den zentralen Ergebnissen der Studie gehören:

- Es gibt pandemiebedingt keine grundlegend neuen Geschlechterungleichheiten, aber die bestehenden Ungleichheiten werden „wie durch ein Brennglas sichtbarer“ bzw. haben sich verschärft.
- Die Problematik ungleich verteilter Care-Arbeit ist nach wie vor nicht gelöst.
- Die Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Unverzichtbarkeit und tatsächlicher Entlohnung/ gesellschaftlicher Wertschätzung in systemrelevanten/ frauenspezifischen Berufen besteht fort.

Die vorliegende Untersuchung ist insgesamt eine wertvolle Grundlage für die weitere Entwicklung geschlechtergerechter Handlungsperspektiven in Politik und Verwaltung. Wir hätten uns aber mehr konkrete politische Empfehlungen zur Bekämpfung der aufgezeigten, durch die Pandemie entstandenen Nachteile für Frauen gewünscht.

Auch wenn politisches Handeln in Berlin immer im Zusammenhang von komplexen Zuständigkeiten und Weichenstellungen auf Bundesebene zu beurteilen ist³, weist die Studie darauf hin, dass es eines klaren politischen Willens und entsprechender Maßnahmen bedarf, damit brennende und lang diskutierte Forderungen nach Umsetzung geschlechtergerechter Praxis in unserer Stadt erfüllt werden. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass im aktuellen Berliner Koalitionsvertrag die Gleichstellung der Geschlechter als **Querschnittsaufgabe**⁴ festgeschrieben ist.

Wir erwarten, dass die Ergebnisse der Studie von der Berliner Politik aufgegriffen werden. Mit Maßnahmen und Programmen sollte ein Ausgleich der beschriebenen Nachteile für Frauen in Berlin entwickelt werden, um gleichzeitig über den Bundesrat für die aufgezeigten, überfälligen Reformen für mehr Geschlechtergerechtigkeit einzutreten.

³ vgl. z.B. Gleichstellungsberichte, deren Umsetzung in politisches Handeln nur ungenügend stattfindet

⁴ vgl. auch Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Neujahrsempfang 2022, Landesfrauenrat Berlin